



Der Oberbürgermeister-Kandidat Gert-Uwe Mende stellt sich vor

## Mehr Miteinander und Zusammenhalt

Wiesbaden ist eine Stadt mit unglaublicher Vielfalt und einem tollen Umfeld für Leben und Arbeiten. Diese Lebensqualität zu erhalten und ständig weiter zu verbessern ist mein Antrieb für die Kandidatur als Oberbürgermeister

Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist eine zentrale Aufgabe, um den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu bewahren. Wer hier lebt, muss sich auch das Wohnen leisten können. Gerade die kommunalen und anderen öffentlichen Wohnungsunternehmen müssen dazu ihren Beitrag leisten. Wir brauchen die Begrenzung der Mietsteigerung auf ein Prozent jährlich für städtische Wohnungen.

Fast jede und jeder ärgert sich über verstopfte Straßen, fehlende Parkplätze, volle Busse. Wir brauchen vor allem einen attraktiven, öffentlichen Nahverkehr, der zum Umsteigen einlädt. Den Zustand mancher Straßen in Auringen – insbesondere der Landesstraßen – habe ich mir vor kurzem persönlich angesehen. Da herrscht Handlungsbedarf. Genauso am Bahnhof. Denn das Umsteigen vom Auto auf Bus und Bahn so angenehm und einfach wie möglich zu

machen ist wichtig. Deshalb bin ich auch für die City-Bahn – aber nur nach einem Bürgerentscheid. Sie allein löst jedoch längst nicht die Verkehrsprobleme in Wiesbaden. Dazu müssen zum Beispiel emissionsfreie Busse, der Ausbau der Radwege oder ein günstiges Jahresticket kommen.

Alle meine politischen Vorstellungen münden am Ende in das Wort „Zusammenhalt“. Das reicht von der Förderung des Ehrenamts bis zur Sozial- und Bildungspolitik. Deshalb geht es mir auch um gute Chancen für alle Kinder. Rund 10.000 Kinder in Wiesbaden leben in einem armen Haushalt und sind auf Sozialleistungen angewiesen. Das Wichtigste ist, diesen Kindern alle Bildungschancen zu öffnen, durch gute Krippen, Kitas und Schulen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist natürlich auch für alle anderen Familien mit Kindern enorm wichtig. Deshalb muss es zügig weitergehen mit dem Neubau von Krippen und Kitas. Und wenn die Kinder von der Kita in die Schule wechseln, sollen sie dort moderne, sanierte Gebäude vorfinden und keine „Bruchbude“.

Wenn sich Unternehmen hier ansiedeln, Arbeitsplätze schaffen und anständige Löhne zahlen, dann ist Wiesbaden auch wirtschaftlich stark. Mobilität, Wohnen, Kultur sind wichtige Standortfaktoren, aber es braucht auch geeignete Gewerbeflächen. Firmen sollen in der Stadtverwaltung einen Ansprechpartner haben.

Die Politik in der Stadt wirkt heute auf viele verhakt, verkeilt und blockiert. Ich will das ändern. Eine Stadt braucht Zusammenhalt. Das fängt oben an. Wenn die Akteure an der Spitze der Stadtpolitik nicht zusammenarbeiten können, wer soll es denn dann tun? Mir ist es wichtig, in dieser Stadt einen politischen Klimawandel einzuleiten. Hin zu mehr Miteinander, zu mehr Vertrauen unter den politischen Akteurinnen und Akteuren. Auch dafür will ich als Oberbürgermeister aktiv eintreten.



Gert-Uwe Mende ist OB-Kandidat der SPD. (Foto: Angelika Aschenbach)



### Liebe Auringerinnen und Auringer,

am 26. Mai findet die Wahl zum EU-Parlament sowie die Oberbürgermeisterwahl in Wiesbaden statt.

Das Motto der hessischen SPD für die Wahlen zum Europäischen Parlament ist „Europa vor der Zeitenwende – ein starkes Europa braucht eine starke SPD“. Und nichts weniger gilt auch für die Wiesbadener OB-Wahl.

Zwar haben im Vorfeld Affären unsere Stadt erschüttert, aber Sven Gerich hat aus seinen Fehlern die richtigen Konsequenzen gezogen und tritt nicht mehr zur Wahl an. Mit Gert-Uwe Mende bewirbt sich jedoch ein ausgezeichnete Kandidat, der in keine Affären verstrickt ist. Seine Erfahrung als Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, seine Kommunikationsfähigkeit und seine Tätigkeit als Ortsvorsteher von Dotzheim stellen gute Voraussetzungen für das Oberbürgermeisteramt dar.

**Herzlichst,  
Ihr Michael Wolf**

Vorsitzender der SPD-Auringen

## Ungerechte Vermögensverteilung

Die Vermögen in Deutschland sind so ungerecht verteilt wie noch nie – zugunsten der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Wie ist sie entstanden, und wie kann diese Entwicklung zurückgeführt werden?

Eine Analyse von Jürgen Beck.

Neuere Studien zeigen eine beunruhigende Entwicklung: Die Vermögensverteilung in Deutschland ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zugunsten der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verschoben.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) etwa hat die Daten der EZB-Vermögenserhebung um die Angaben aus den „Reichenlisten“ (z.B. von Forbes) erweitert. Dabei kam heraus, dass

in Deutschland die 45 reichsten Haushalte so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung (also 20 Millionen Haushalte).

Dieser besorgniserregende Trend der Vermögenskonzentration auf die Superreichen ist dabei viel weiter fortgeschritten als in anderen vergleichbaren EU-Ländern. Im Vergleich zu den offiziellen EZB-Zahlen erhöht sich nach dem DIW-Bericht die Vermögensungleichheit in Deutschland überproportional:

- Demnach besaßen die reichsten zehn Prozent im Jahr 2014 knapp 64 Prozent des gesamten Vermögens.
- Die reichsten fünf Prozent besaßen mit über 50 Prozent mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens.
- Die reichsten 400 Haushalte besaßen demnach knapp 5 Prozent. Dies ist doppelt so viel wie die etwa 20 Millionen Haushalte, die die ärmere Hälfte Deutschlands ausmachen.

Auf der anderen Seite leben 13 Millionen Menschen in Deutschland an der Armutsgrenze. Das Risiko, in Armut abzurutschen, nimmt durch diese Ent-

wicklung dramatisch zu. Gleichzeitig steigt der Anteil der Superreichen in keinem anderen Land der Eurozone so stark wie in Deutschland.



In Deutschland leben Millionen Menschen in Armut. Die Tafeln versuchen, die Not etwas zu lindern. Hier wird Tafel-Ware vor der Ausgabe sortiert.  
(Foto: Dagmar Schwelle - Tafel Deutschland e.V.)

### Die Gründe

Insbesondere zwischen 1995 und 2005 (also noch vor den Hartz-Gesetzen) haben die Einkommensunterschiede in Deutschland zugenommen.

Gründe dafür sind die abnehmende Tarifbindung, die die Entstehung eines Niedriglohnsektors in Deutschland erst möglich gemacht hat. Dabei nahm die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stark ab. Waren vor 1990 noch 85 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Bereichen tätig, war die Zahl Mitte der 90er Jahre auf 59 Prozent abgesunken.

Auch die zunehmende Auslagerung von Tätigkeiten in nicht tarifgebundene Unternehmen oder auf nicht an deutsche Tarife gebundene Werkvertragsnehmer (vor allem aus Osteuropa) hat diesen Trend extrem verschärft. Die verteilungspolitische Wende zugunsten der Besserverdienenden und Reichen in Deutschland hat dabei seit Anfang 2000...

- zu einer Aussetzung der Vermögenssteuer (seit 1997),
- zu einer Absenkung der Körperschafts-

- steuer von 25 auf 15 Prozent,
- zu einer Absenkung der Steuer für Kapitalerträge auf 25 Prozent,
- zu einer Absenkung der progressiven Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent

... geführt. Diese Wende in der Steuerpolitik hat das verfügbare Haushaltseinkommen des oberen Zehntels der privaten Haushalte extrem ansteigen lassen.

Im Gegenzug soll das Rentenniveau von 48 auf 43 Prozent verringert werden. Den Beschäftigten wurde die Riester-Rente als möglicher Ausgleich empfohlen. Dies können sich aber nur ca. 40 Prozent der abhängig Beschäftigten leisten. Darüber hinaus wurde über die Hartz-Gesetze das Arbeitslosengeld I nur noch begrenzt gezahlt und Druck auf Arbeitslose ausgeübt, auch geringer vergütete Arbeit (z.B. Zeitarbeit) anzunehmen.

### Weitere Missstände – und was man dagegen tun kann

Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich darf keineswegs als naturgegeben hingenommen werden. So setzte die SPD gegen große Widerstände den Mindestlohn durch. So muss es weitergehen:

Deshalb ist unser Fazit, dass die poli-

#### Impressum

„Der Auringer - Ortszeitung der SPD“  
Herausgeber: SPD Ortsverein Auringen  
V.i.S.d.P.: Dr. Michael Wolf  
Layout: Dr. Michael Wolf  
Bildmaterial: SPD, Privat  
Druck: www.flyeralarm.de  
Auflage: 2500

#### Kontakt

Sie haben Fragen zur Politik in Auringen? Sie wollen uns Ihre Meinung sagen?

Dann erreichen Sie uns unter:

**Telefon:** 06127 965269  
**Email:** kontakt@spd-auringen.de  
**Internet:** www.spd-auringen.de

## Ungerechte Vermögensverteilung - Fortsetzung

tischen Kräfte in unserem Land einen Diskurs führen müssen mit dem Ziel, eine gerechte Umverteilungs- und Sozialpolitik zugunsten der ärmeren Hälfte der Bevölkerung zu etablieren, da ansonsten langfristig der soziale Friede im Land massiv gefährdet ist. Dazu brauchen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um die notwendigen Kurskorrekturen durchzuführen. Zur Diskussion werden folgende Gesetzesänderungen vorgeschlagen:

- Wiedereinführung einer jährlichen Vermögenssteuer ab Privatvermögen

- von einer Millionen Euro
- Anpassung der Erbschaftssteuer
- Einführung einer europaweiten Transaktionssteuer auf Börsenspekulationen
- Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 14 Prozent
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 53 Prozent – dabei soll der höchste Steuersatz erst bei einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 und für gemeinsam veranlagte Eheleute von 200.000 Euro gelten. Außerdem Absenkung der Lohn-

- steuer für niedrigere Einkommen.
- Besteuerung von Deutschen, die ihren Hauptwohnsitz ins Ausland verlegt haben und keine Steuern an den deutschen Fiskus zahlen.
- Alle Erwerbstätigen (auch Selbständige und Beamte) zahlen denselben Anteil an Sozialversicherungsabgaben
- Einführung einer Bürgerversicherung als neue Krankenversicherung für alle
- Anhebung des Rentenniveaus von 43 auf 55 Prozent

## Erfolge der SPD in der GroKo

Nach zähem Ringen zu Beginn ist die große Koalition nun schon seit über einem Jahr im Amt. Die SPD besetzt dabei ihre angestammten Ressorts (Auswärtiges Amt, Justizministerium, Arbeitsministerium, Umweltministerium) und konnte außerdem das Finanz- und das Familienministerium übernehmen.

Welche ihrer Ziele aus dem Koalitionsvertrag konnte die SPD bisher umsetzen oder anschieben? Ein Auszug.

### Ressort Arbeit und Soziales

- Förderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Vollzeit für Langzeitarbeitslose
- Steigerung der Erwerbsminderungsrente
- Recht auf befristete Teilzeit

### Ressort Familie

- Das „Gute-Kita-Gesetz“ sieht mehr Geld für die Kinderbetreuung vor

- Wohngeld wird erhöht
- Der Bund stellt Bauland für den Wohnungsbau zur Verfügung

### Ressorts Umwelt und Energie

- Der Kohleausstieg wurde beschlossen
- Der Etat des Umweltministeriums wird um 400 Millionen auf knapp 2,3 Milliarden Euro anwachsen

### Ressort Finanzen

- Die schrittweise Abschaffung des Soli ist in der Finanzplanung bis 2023 vorgesehen

### Ressort Justiz

- Einführung der Musterfeststellungsklage

### Ressort Europa/Außenpolitik und Entwicklung

- Mehr Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in der EU
- Mehr Geld für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Geplant sind außerdem unter anderem mehr Frauen in Führungspositionen, die vorausgefüllte Steuererklärung für alle Steuerpflichtigen, zusätzliche Ausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe, die stärkere Durchsetzung von demokratischen und rechtsstaatlichen EU-Standards in der Union, die Modernisierung der Strafprozessordnung, die strengere Sanktionierung von Wirtschaftskriminalität und die Strafbarkeit für den Versuch von Cyber-Grooming (bei dem Täterinnen und Täter soziale Netzwerke nutzen, um Kontakt zu Kindern und Jugendlichen herzustellen).

Darüberhinaus wird die Grundrente oder „Respekt-Rente“, die die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzo-gen und Angehörige gepflegt haben, anerkennen soll, heiß diskutiert. Bis Mai 2019 will Sozialminister Hubertus Heil einen Gesetzentwurf dazu vorzulegen.



Auringen wandert...  
am 1. Mai

## Auringen wandert

Der Ortsvereinsring veranstaltet am 1. Mai ab 10 Uhr eine Wanderung rund um Auringen. Die SPD wird an der Station „Feldbergblick“ Essen und Getränke ausgeben.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

## Aus dem Ortsbeirat

### Neue Grundschule wird umbenannt

Die Auringer SPD begrüßt, dass die im Neubau befindliche Grundschule in Naurod nach ihrer Einweihung in „Wickerbach-Grundschule“ umbenannt und der



Am 6. November 2018 wurde Richtfest am Neubau der Nauroder Grundschule gefeiert.

Name Rudolf Dietz nicht mehr verwendet wird. Diese Entscheidung hat vor kurzem der Nauroder Ortsbeirat getroffen, wobei im Vorfeld des Beschlusses auch die Schulleitung sowie die Ortsvorsteher aus Auringen und Medenbach in die Beratungen zur Namensgebung eingebunden waren. Damit findet eine langjährige Debatte ein Ende, die mit der Aufdeckung der dunklen Vergangenheit von Rudolf Dietz im Jahr 2003 begonnen hatte.

Rudolf Dietz (1863 – 1942) war ein Lehrer und Heimatdichter, der in Naurod geboren wurde. Er war Mitglied der NSDAP und schon zu Beginn der Weimarer Republik im völkischen und antisemitischen „Deutschbund“. Dietz publizierte bereits in den 1920er Jahren antijüdische Gedichte und bejubelte in seinem „Deutschen Reichslied“ von 1933 die Machtergreifung Hitlers. Er kann folglich kein Vorbild für die Jugend sein und daher auch kein Namensgeber für eine Schule. Im Jahre 2005 scheiterte ein erster Anlauf zur Namensänderung. Allerdings einigte man sich später auf eine Namensänderung im Falle eines Neubaus. Nun wurde also die Möglichkeit ergriffen, dieses unrühmliche Kapitel zu beenden. Da der Wickerbach mit seinen

Gründungsbächen Aubach, Zwergbach und Medenbach durch die drei Stadtteile fließt, aus denen die Grundschüler kommen, hat der Name Wickerbach-Grundschule auch etwas Verbindendes zwischen den genannten Vororten.

Der Schulneubau geht vorliegenden Informationen nach planmäßig voran. Im November vergangenen Jahres wurde das Richtfest am Rohbau des insgesamt 12,5 Millionen Euro teuren Projektes gefeiert. Während der Weihnachtsferien 2019/20 soll der Umzug vom alten Gebäude in das neue Schulhaus geschehen. Im Anschluss wird das alte Gebäude abgerissen.

### Hortbetreuung und neue Krippenplätze

Zu Beginn des nächsten Schuljahres wird es für Grundschul Kinder, die aktuell in der Hortbetreuung im städtischen Kindergarten Auringens sind, zu Veränderungen kommen. Grundlage ist ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 2011. Er besagt, dass zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auch durch Hortumwandlungen geschaffen werden sollen.

Ab dem 1. August 2019 ist eine Verlagerung der Hortkinderbetreuung von der städtischen Kindertagesstätte in Auringen zur Grundschule nach Naurod

geplant. Hiervon sind 20 Plätze betroffen. Ebenfalls werden die Hortbetreuungen in Medenbach und die des ASB in Naurod in die Schulkinderbetreuung des Trägers „Jugendberatung und Jugendhilfe e.V.“ (JJ) an die Grundschule überführt. Dies betrifft ebenfalls jeweils 20 Plätze in beiden Stadtteilen.

Insgesamt wird es keinen Platzabbau geben. Aktuell werden von der JJ 169 Plätze an der Grundschule zur Verfügung gestellt. Die 60 Hortplätze, die den Kindergärten in den drei Stadtteilen angegliedert sind, werden vollständig an die Grundschule überführt. Somit erhöht sich die Gesamtzahl der Betreuungsplätze an der Grundschule auf 229.

Gleichzeitig werden die im Auringer Kindergarten freiwerdenden Räume nach einer baulichen Anpassung für die Betreuung von zehn Krippenkindern genutzt werden. Dies wird in Auringen das derzeit unzureichende Angebot für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren verbessern. Nach derzeitigen Abschätzungen ist eine Eröffnung der neuen Krippengruppe im April 2020 realistisch.

Damit die Grundschul Kinder nicht mit dem Auto aus der Schulbetreuung in Naurod abgeholt werden müssen, wird auf Betreiben des Auringer Ortsbeirates der Schulbusverkehr erweitert. So sollen ab August 2019 Schulbusse auch um 15 Uhr und 17 Uhr von der Grundschule Naurod nach Auringen und Medenbach fahren.



Für Fragen oder Anregungen stehen Ihnen unser stellvertretender Ortsvorsteher **Wolfgang Brendel** oder unser Ortsbeiratsmitglied **Michael Wolf** gerne zur Verfügung:

Wolfgang Brendel (Tel. 06127/61516)  
Michael Wolf (Tel. 06127/965269)  
Email: kontakt@spd-auringen.de